

HEUTE

- 400 DM als Garant für Menschenwürde? Seite 2
- Poindexter — das Ende der Affäre Seite 4
- Jüngste BE-Premiere: Prinz von Homburg Seite 5
- Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung Seite 6

STANDPUNKT

Kaiserschnitt in Mark-ose

Politische Vernunft oder politisches Abenteuer — darüber hatte die Volkskammer auf ihrer Sitzung am Sonntag zu befinden. Wie schon so oft überraschte die DSU-Fraktion das Hohe Haus per Geschäftsordnungsantrag, im Entwurf eine Schicksalsfrage für die Bürger nicht nur der DDR, sondern auch der BRD zu stellen. Es geht um die BRD gemäß Artikel 23 des westdeutschen Grundgesetzes, und zwar an diesem 17. Juni 1990. Es stehe die Vernunft, die zum Glück — leidenschaftliche Verfechter in den Reihen sowohl der Regierungskoalition als auch der Opposition fand.

Der von DSU-Fraktions-sprecher Schwarz eingebrachte Antrag zeigt von gefährlicher großdeutscher Arroganz. Seit Wochen laufen auf dem internationalen Parkett intensive Verhandlungen, um die äußeren Bedingungen für die Einheit Deutschlands zu schaffen, wozu beispielsweise die Frage der militärischen Bündniszugehörigkeit und eine Garantie für die heutige polnische Westgrenze gehören. Aktionen wie die gestrige in der Volkskammer — die Verhandlungsergebnisse für überflüssig erklären — müssen insbesondere in den Ländern Osteuropas Mißtrauen bestärken. Sie können dem Prozeß der Einigung nur schaden.

Alle Redner sprachen sich eindeutig für die deutsche Einheit aus. Aber, so brachte es der Abgeordnete Reich auf den Punkt, diese Einheit muß politisch gestaltet, darf kein Kaiserschnitt in Mark-ose oder Mark-ose sein. Und es ist Aufgabe der Regierung der DDR, in ihren Verhandlungen mit der BRD zu Ergebnissen zu gelangen, die den Interessen der Bürger unseres Landes Rechnung tragen. Wer diese Arbeit nicht zu Ende führen will, so der Abgeordnete Modrow, erklärt seine eigene Unfähigkeit, die naturgemäß schwierigen Prozesse inhaltlich zu gestalten und politisch zu meistern.

Deutlich waren die Worte von Regierungschef de Maizière oder SPD-Fraktionschef Schröder: Die Vereinigung — so schnell wie möglich — hat unerlässliche Voraussetzungen. Zum Beispiel die Klärung von Eigentumsfragen in einem zweiten Staatsvertrag, die Schaffung von Länderparlamenten, Bündnisfragen. Bleibt zu hoffen, daß die Regierungsparteien mehrheitlich dieser Logik auch bei der Festlegung eines Termins für erste gesamtdeutsche Wahlen folgen werden.

WOLFGANG SPICKERMANN

Generalbundesanwalt

Ermittlungen gegen Honecker, Mielke und Wolf?

Bonn (ADN). Generalbundesanwalt Alexander von Stahl will gegen den ehemaligen DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker, Ex-Staatsicherheitschef Erich Mielke und den ehemaligen Chef der DDR-Abwehr Markus Wolf wegen des Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung vorgehen, berichtete die „Welt am Sonntag“. Die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens nach Paragraph 129 a wird zur Zeit geprüft, sagte ein Sprecher der Karlsruher Generalbundesanwaltschaft der Zeitung. Geprüft werde auch, ob die ehemalige DDR-Führung wegen „Strafvereitelung“ belangt werden könnte, da sie Angehörigen der Rote Armee Fraktion (RAF) Unterschlupf gewährt hätte. (Siehe Seite 3)

15. Volkskammertagung: Sozialismus mit Hammelsprung aus der Verfassung eliminiert

DSU-Fraktion wollte im Handstreich Beitritt zur BRD

Von unseren Berichterstattern DIETMAR RIETZ und UWE STEMMLER

Mit mehr als zweistündiger Verspätung begann die Sondersitzung der Volkskammer am Sonntagmittag in Berlin. Auch Bonner Politprominenz, darunter Bundeskanzler Helmut Kohl, hatte auf der Zuschauertribüne gewartet. Der Auftakt — ein Paukenschlag von der DSU-Fraktion: „Völlig überraschend forderte deren Fraktionssprecher Jürgen Schwarz einen Beschluß der Volkskammer zum Beitritt der DDR zur BRD nach Artikel 23 des Grundgesetzes „mit dem heutigen Tag“.

Nach einer emotionsgeladenen Debatte entschied das Parlament, den DSU-Antrag erst einmal in einige zuständige Ausschüsse zu verbannen. Damit ist nun zwar die Gangart zu „Deutschland, einig Vaterland“ erneut beschleunigt, aber der Beitritt „mit dem heutigen Tag“ — wie leichtfertig von der DSU verlangt — nicht akzeptiert worden.

Die Weichen des Abstimmungs-zuges stellte Ministerpräsident Lothar de Maizière, der auf An-

trag der PDS-Fraktion zu dem brisanten Ansinen einer Vereinigung im Handstreich Stellung nahm. Bei aller prinzipiellen Zustimmung, die aus seinen Worten deutlich wurde, formulierte der Premier die für die Einheit nach Artikel 23 notwendigen Voraussetzungen. Dazu gehört seines Erachtens ein zweiter Staatsvertrag, die Schaffung von kompatiblen Länderstrukturen und die sorgfältige und psychologische Verknüpfung innerer und äußerer Aspekte des Prozesses der deutschen Einigung. Er empfahl die Überweisung des Antrags in die Ausschüsse. Dr. Günther Krause folgte namens der Fraktion CDU/DA dieser Vorgabe.

Die Meinungen im Bündnis 90/Grüne gingen auseinander. So informierte der Abgeordnete Konrad Weiß über die ursprüngliche Absicht einer interfraktionellen Gruppe (Parlamentarier von Bündnis 90/Grüne, CDU, SPD), ebenfalls einen Antrag zum sofortigen Beitritt der DDR zur

BRD einzubringen, der letztlich nicht zustande gekommen sei, da Abgeordnete ihre Unterschrift zurückgezogen hatten. Er persönlich hätte den Weg über die Erarbeitung einer gemeinsamen deutschen Verfassung nach einem Volksentscheid, einen politisch gestalteten Weg bevorzugt. Er kritisierte die von der Regierungskoalition veranstaltete „Hatz in die Einheit, die jegliche politische Vernunft vermissen läßt“, ebenso die „Entmündigung der Volkskammer bei der Aushandlung des Staatsvertrages“ und die Ablehnung des Verfassungsentwurfes des Runden Tisches. Sein Fraktionskollege Prof. Jens Reich sprach sich gegen eine „deutsche Einheit als Kaiserschnitt in Mark-ose“ aus. In einem einzigen Satz könne man die Einigung nicht vollziehen, hielt er der DSU entgegen. Vorbedingungen seien u. a. die Sicherung der polnischen Westgrenze, die Definition des künftigen militärischen Status Deutschlands und die Schaffung föderativer Länderstrukturen.

Der frühere Ministerpräsident Hans Modrow (PDS) engagierte sich für den demokratischen Vollzug und die Wahrnehmung der nationalen Verantwortung in dieser Stunde. Es gehe um das Vertrauen unserer Nachbarn und der europäischen Völker, um das, was auch international recht sei. Was gebraucht werde, sei Berechenbarkeit sowohl der Regierung als auch des Parlaments der DDR. Er erinnerte an das in der Regierungserklärung enthaltene Versprechen, die Bürger in Würde und aufrecht in die Einheit zu führen. Heute dagegen erlebe man scheinbar „den Nachweis der eigenen Unfähigkeit der Regierung, den komplexen und anspruchsvollen Prozeß der Vereinigung zu beherrschen und zu meistern.“ Hans Modrow erinnerte ebenfalls an den Entwurf des Runden Tisches und sprach von einer verpaßten Chance, wenn es keinen Volksentscheid über die Verfassung des künftigen vereinigten Deutschlands gebe.

Das „Grundsatzurteil“ von SPD-Fraktionsvorsitzendem Richard Schröder zum DSU-Ansinen: Die deutsche Vereinigung müsse im Einvernehmen mit den Großmächten erfolgen. Vollzüge man die Vereinigung mit dem heutigen Tag, würde die Sowjetunion am Abend davon in Kenntnis gesetzt, daß sie 400 000 Soldaten auf dem Gebiet des Geltungsbereiches des Grundgesetzes habe. „So kann man mit der Sowjetunion nicht umgehen“, unterstrich er. Die Sondersitzung blieb auch im folgenden eine besondere Sitzung des Hohen Hauses. Bei der kontroversen Debatte um die Verfassungsgrundsätze, die vom Sprecher der PDS-Fraktion, Prof. Uwe-Jens Heuer, ebenso wie von Dr. Wolfgang Ullmann (Bündnis 90/Grüne) scharf attackiert und abgelehnt wurden (siehe S. 3), traten offensichtlich gravierende Meinungsunterschiede auch innerhalb der Regierungskoalition zutage. Finanzminister Walter Romberg (SPD) erklärte mit Blick

auf die DBD-Forderung, die Ergebnisse der Bodenreform festzuschreiben, er sehe keine Möglichkeit, eventuelle spätere Entscheidungsforderungen aus dem Staatshaushalt zu begleichen. Er frage sich, woher sie kommen sollten. In ungewöhnlich schroffer Art entgegnete daraufhin Premier de Maizière: „Der Logik des Satzes folgend, wird es nicht mehr der Staatshaushalt sein, den Sie zu verantworten haben.“ Nach diesem Eklat und anschließender Pause kam man doch noch zur Abstimmung, und zwar nach der sogenannten Hammelsprung-Methode. Das Parlament verließ den Saal und je nach persönlicher Entscheidung betrat man den Raum wieder durch die linke (nein); rechte (ja) oder mittlere (Enthaltungen) Tür. Das Ergebnis: 289 Hammelsprünge für die Verfassungsgrundsätze, die den Sozialismus endgültig aus der DDR-Verfassung eliminieren. Mehrheitliche Zustimmung fand schließlich auch das umstrittene Treuhandgesetz.

Parteivorstand der PDS:

Kein Frieden mit dem Kapital

Berlin (ND-Dörre, Kimmel). Mit der Tagung des Parteivorstandes der PDS am Wochenende war, Ehrenvorsitzender Hans Modrow sagte es in seinem Diskussionsbeitrag, eine große Herausforderung verbunden. Da ist zum einen die Aufgabe, Weichen zu stellen für den Prozeß der Erneuerung der Partei, da ist der sich in rasendem Tempo vollziehende Anschluß der DDR an die BRD, und nicht zuletzt liegen auch in den nationalen und internationalen politischen Ereignissen Zwänge, denen sich die PDS zu stellen hat als Teil einer stark sinken in Deutschland.

Zielstrebige Erneuerung der PDS bleibt neben dem parlamentarischen und außerparlamentarischen Wirken für Bürgerinteressen — letzterer muß aber mehr Augenmerk geschenkt werden — und dem Wahlkampf zwingend notwendig, führte Hans Modrow aus. Denn ohne konsequente Erneuerung wird die PDS nur geringe oder keine Chancen in einem geeinten Deutschland haben. In dieses Deutschland, und das ist der zweite Aspekt, geht die PDS als linke, sozialistische Kraft in fundamentaler Opposition zum kapitalistischen Konzept der Lösung globaler Menschheitsprobleme.

Der Kapitalismus kommt pur, unterstrich Gregor Gysi. Die Partei brauche also eine neue Programmatik, eine neue Identität. Es müsse gegenüber dem Kapitalismus anders gedacht werden als im Januar/Februar, als noch überlegt wurde, was man an Gutem für die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR übernehmen könne. Neu stehe damit auch die Stellung der PDS zur Sozialdemokratie, die ja prinzipiell ihren Frieden mit dem Kapital geschlossen habe. „Den werden wir nicht schließen können“, sagte Gysi.

Der Vorstand wählte Marlies Deneke und André Brie als stellvertretende Parteivorsitzende. (Ausführlich Seite 5)

Konsistorialpräsident Stolpe auf Gedenkveranstaltung beider deutschen Parlamente:

17. Juni mahnt: Unrecht sühnen, Neubeginn ermöglichen

Berlin (ADN/ND). Mit einer Gedenkveranstaltung im Berliner Schauspielhaus und Gottesdiensten in der St.-Hedwigs-Kathedrale und der Marienkirche beging am Sonntag etwa 1000 Abgeordnete beider deutschen Parlamente gemeinsam den 17. Juni. In den ersten Reihen im Schauspielhaus hatten die Regierungschefs Lothar de Maizière und Helmut Kohl Platz genommen.

Der Konsistorialpräsident der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, Dr. Manfred Stolpe, ging in einer Rede auf die Geschichte des 17. Juni ein. „Am 9. Oktober 1989 wurde vollendet, was am 17. Juni 1953 mißlang“, sagte er. Der Westen komme nun in die DDR, aber die DDR komme auch in den Westen. „Der innerdeutsche Umgang will gelernt sein“, betonte der Redner. „Nach vier Jahrzehnten der Trennung muß für das künftige gemeinsame Deutschland ein breiter gesellschaftlicher Konsens gefunden werden. Von einem Grundkon-

sens auf der Basis des Grundgesetzes kann weithin ausgegangen werden. Doch die gemeinsame Verfassung darf keine abstrakte und vielen unbekannte Größe bleiben.“ Deshalb sollte die Bereitschaft erklärt werden, nach der Wahl eines gesamtdeutschen Parlaments über Änderungen des Grundgesetzes nachzudenken, und das Ergebnis dem Staatsvolk nahezubringen. Die dafür nötige Diskussion werde nicht ohne heftigen Meinungsstreit möglich sein, sagte Manfred Stolpe und stellte die Fragen in den Raum: „Wie wird künftig mit Meinungsunterschieden umgegangen? Haben Mehrheiten immer recht? Wie halten wir es mit der Toleranz? Bekommen wir nach der Kirchenverfolgung jetzt eine ‚Marxismusverfolgung‘? Es gebe in unserem Land ein Übermaß an Altlasten. Die einen rufen ‚alles aufdecken‘ und die anderen wollen ‚alles zudecken‘.“ Finden wir den maßvollen Weg, der Unrecht sühnt, aber auch

Neubeginn ermöglicht?“ Die Tagesfrage der Deutschen laute, wie und wann die staatliche Einheit der Deutschen erfolgen wird. Es gebe gewichtige Gründe für Eile, obwohl eine Umstellungszeit von gut zwei Jahren schon sinnvoll gewesen wäre. „Wenn diese Zeit fehlt, so bleiben doch die Probleme. Und eine solide Nacharbeit von zwei Jahren sollte verbindlich festgelegt werden, in der die dringenden nötigen wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten menschenschonend zu sichern sind.“ Eine Frage habe höchste Priorität. An ihr werde die Glaubwürdigkeit der sozialen Marktwirtschaft gemessen: Hunderttausende werden ihre Arbeit wechseln müssen. Andererseits gebe es Arbeit, und die Menschen wollten arbeiten. Sie wollten nicht mit einer guten Arbeitslosenunterstützung getrostet werden, sondern ihren Platz im neuen gemeinsamen Deutschland als vollwertig Schaffende finden. „Die

Arbeitsförderung ohne Zwischenarbeitslosigkeit ist die wichtigste innergesellschaftliche Friedensfrage. Die Menschen werden verstehen, daß die Lohnhöhe von der Wirtschaftlichkeit abhängt. Sie werden aber in dieser Übergangssituation die Akzeptanz der neuen Ordnung daran messen, ob sie ihnen eine Chance gibt. Deshalb bitte ich die politisch Verantwortlichen in den noch zwei deutschen Staaten, bald umfassende Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu organisieren und finanziell zu sichern“, erklärte Manfred Stolpe. Weitere Ansprachen hielten Volkskammerpräsidentin Dr. Sabine Bergmann-Pohl und Bundespräsidentin Rita Süßmuth. Die Teilnehmer der Gedenkveranstaltung waren beim Betreten und Verlassen des Schauspielhauses mit Pfiffen und Buh-Rufen von mehreren hundert Demonstranten empfangen worden. Die meiste Abtreibungstruppen trugen DDR-Fahnen und riefen „Wir sind das Volk“.

Fußball-WM in Italien:

Sechs bereits im Achtelfinale

Rom (ND). Sechs Mannschaften haben sich bereits für das Achtelfinale qualifiziert. Es sind Belgien, Brasilien, die BRD, Italien, Kamerun und die CSFR. In den beiden Abendspielen des Sonntags gab es zwei 3:1-Sieger. Belgien bezwang Uruguay und Spanien die Südkoreaner. Damit hat in der Gruppe E Uruguay nur noch eine Chance für die nächste Runde, wenn im abschließenden Spiel gegen die Asiaten ein Erfolg gelingt.

Tabellenstand

1. Belgien	2	5:1	4:0
2. Spanien	2	3:1	3:1
3. Uruguay	2	1:3	1:3
4. Südkorea	2	1:5	0:4

Die größte Spannung ist in der Gruppe F. Hier herrscht in der Tabelle zwischen allen vier Mannschaften absoluter Gleichstand, nachdem die Wochenendspiele England-Niederlande und Irland-Ägypten beide torlos endeten. Selbst ein Losentscheid steht ins Haus. Am Donnerstag spielen England-Ägypten und Irland-Niederlande.

Heute: Argentinien-Rumänien und Kamerun-UDSSR. (Mehr über die WM auf Seite 10)

KURZ

Schwarzadse-Genschler

Münster. BRD-Außenminister Hans-Dietrich Genschler und sein sowjetischer Kollege Eduard Schwarzadse konferieren heute in Münster. Im Vorfeld des Treffens und der für den 22. Juni in Berlin vorgesehenen Zwei-plus-zwei-Gespräche war Genschler am Sonntag in Berlin mit DDR-Minister Markus Meckel zusammengetroffen, um Standpunkte abzustimmen.

USA lehnen Vorschlag ab

Washington. Die USA-Regierung hat den sowjetischen Vorschlag abgelehnt, bereits im Herbst dieses Jahres Verhandlungen über die Abschaffung aller taktischen Kernwaffen unter 500 Kilometer Reichweite aufzunehmen. Laut AFP teilte die Regierung mit, sie werde diese Verhandlungen nicht vor dem Abschluß der Wiener Verhandlungen über konventionelle Abrüstung in Europa beginnen.

Tagung mit Gorbatschow

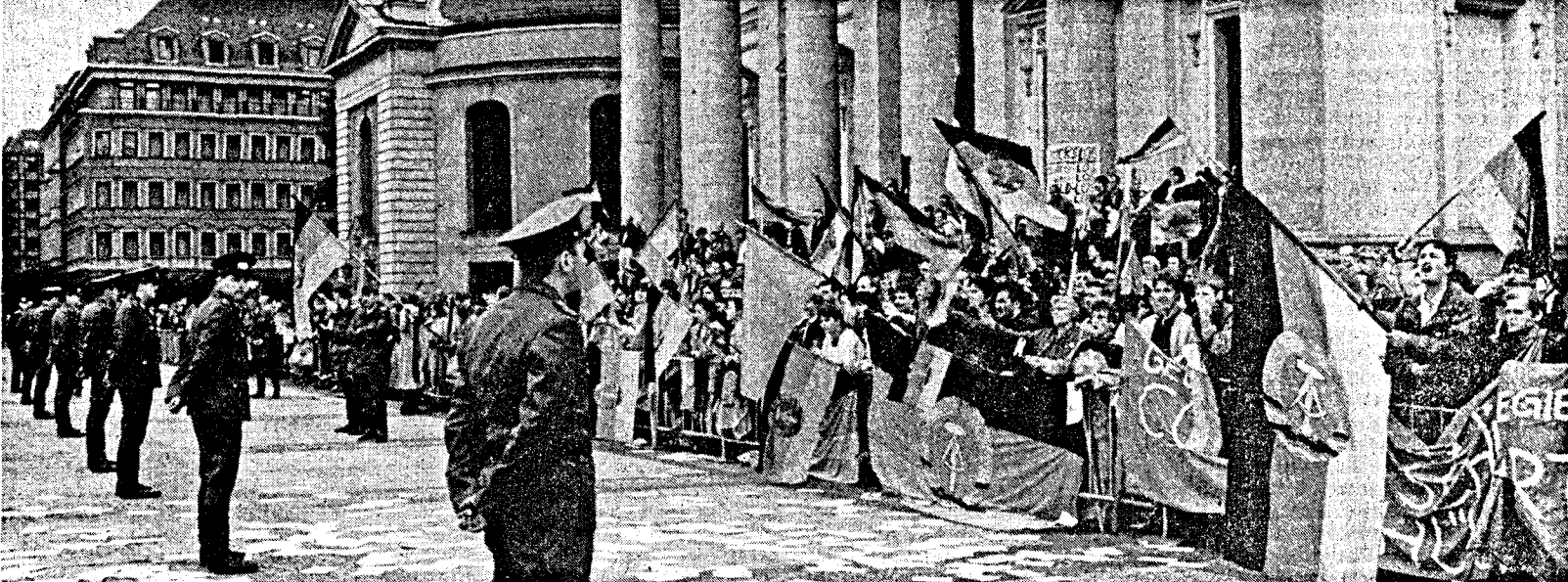
Moskau. Unter Vorsitz Michail Gorbatschows ist am Sonnabend ein Repräsentantenrat der Delegationen der russischen Regions- und Gebietsparteiorganisationen zusammengetreten, um über die am Dienstag beginnende Russische Parteikonferenz zu beraten. Es war das erste öffentliche Auftreten Gorbatschows seit seiner Erkrankung. (Siehe auch Seite 3)

Atomunglück bestätigt

Helinski. Die finnische Strahlenschutzbehörde hat die offizielle Bestätigung aus der Sowjetunion erhalten, daß am 30. November 1975 bei einem Unglück in einem Leningrader Atomkraftwerk große Mengen radioaktiver Stoffe freigesetzt wurden.

IRA-Mitglieder gefaßt

Brüssel. Zwei mutmaßliche Mitglieder der Untergrundorganisation Irisch-Republikanische Armee (IRA) sind am Sonnabend in Belgien und in den Niederlanden gefaßt worden.



Mit großem Aufgebot schirmte die Polizei die Gedenkveranstaltung zum 17. Juni im Berliner Schauspielhaus ab ND-Foto: Axel Lenke

Für Frauen-Volksentscheid Polens Grenze soll unantastbar bleiben

Von CORINNA FRICKE

Gegen den bundesdeutschen Paragraphen 218, der Schwangerschaftsabbruch unter Strafe stellt, und für die Beibehaltung der DDR-Fristenlösung demonstrierten am Samstag Tausende Frauen und Männer in beiden deutschen Staaten.

BerlinerInnen begannen den landesweiten Aktionstag mit einer zehnmütigen Blockade der Grenzübergänge Brandenburger Tor und Potsdamer Platz. Auf einer anschließenden Kundgebung am Platz der Akademie forderten RednerInnen einen gesamtdeutschen Volksentscheid aller Frauen über den Schwangerschaftsabbruch. Der § 218 schütze nicht unbegrenzes Leben, wie seine Verteidiger es postulieren, sagte Pastorin Christiane Märkert, sondern demütige und kriminalisiere Frauen. Der Schutz des ungeborenen müsse

mit großem Aufgebot schirmte die Polizei die Gedenkveranstaltung zum 17. Juni im Berliner Schauspielhaus ab ND-Foto: Axel Lenke

flut“ überschwemme. Daran werde auch verbessertes Kurzarbeitergeld nichts ändern.

Die Länderregierungen sollten sich im Bundesrat dafür einsetzen, daß der mit mehreren Milliarden D-Mark auszustattende „Feuerwehrrfonds“ Bestandteil des Staatsvertrages werde, um die Zahlungsfähigkeit der bedrohten Betriebe nach dem 1. Juli sicherzustellen. Überlebensfähige Firmen dürften nicht wegen der Turbulenzen bei der Währungsstellung auf der Strecke bleiben.

Bonn/Warschau (ADN). Zwischen dem vereinigten Deutschland und Polen soll in einem Vertrag festgelegt werden, daß beide Seiten gegeneinander „keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden“. Das sieht dpa zufolge der Entwurf einer Entschließung vor, die Volkskammer und Bundestag in dieser Woche verabschieden sollen. In dem geplanten Vertrag zwischen Deutschland und Polen soll die bestehende Oder-Neiße-Grenze als endgültig festgelegt werden. Dem Vernehmen nach war die Entschließung der beiden deutschen Parlamente auch Gegenstand der Unterredung, die DDR-Premier de Maizière und Bundeskanzler Kohl am Sonntag in Berlin führten. Offiziell verlautete über deren Inhalt jedoch nichts.

Beim Landesparteitag der schleswig-holsteinischen CDU in Neumünster hatte der Kanzler am Wochenende deutlich gemacht, daß die deutsche Einheit ohne Grenzgarantie nicht zu haben ist.

Dagegen erhoben die Vertreter in Bonn erneut Anspruch auf polnische und sowjetische Territorien. Vor der Bundesversammlung des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV) sprach sich der am Wochenende mit großer Mehrheit wiedergewählte Präsident der Dachorganisation aller Vertriebenenverbände und CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Czaja gegen eine „totale Preisgabe“ der ehemaligen deutschen Ostgebiete aus. Für den BdV sei die „totale Abtretung Ostdeutschlands und somit der Heimat unannehmbar“.

Polens Außenminister Krzysztof Skubiszewski hatte am Freitag den deutschen Botschaftern in Warschau, Jürgen van Zwoil (DDR) und Günter Knackstedt (BRD), ein Memorandum zu ökonomischen Fragen übergeben. Die polnische Regierung will damit mögliche negative ökonomische Folgen der Vereinigung und ihres ersten großen Schrittes — der Währungsunion — minimieren. Es soll gesichert werden, daß die Aufgabe der Finanzhoheit durch die DDR nicht zum Zusammenbruch der wirtschaftlichen Kontakte führt. Nahziele sind die Einhaltung aller vertraglichen Verpflichtungen für 1990 und wichtiger langfristiger Vereinbarungen. Außerdem drängt Polen auf eine für beide Seiten akzeptable Lösung bei der Behandlung polnischer Arbeitskräfte in der DDR.

Roman bedauert Übergriffe Zweiter Wahlgang in Bulgarien

Berlin (ND/ADN). Die rumänische Regierung beriet am Sonnabend erstmals über die gewalttätigen Ausschreitungen der vergangenen Woche, zu den Verwüstungen, die von Bergarbeitern in der Bukarester Universität und andernorts hinterlassen worden waren, bemerkte Premier Roman, es habe leider auch „einige Ausschreitungen und Übergriffe“ gegen unschuldige Bürger gegeben. Die Verwüstungen der Parteisitze der Opposition sowie die „Anwendung physischer Gewalt gegen einige Persönlichkeiten“ seien natürlich „unzulässig“. Roman kündigte eine gerichtliche Untersuchung der Gewalttaten und

konkrete Maßnahmen gegen die Schuldigen an. Das brutale Vorgehen der Bergarbeiter erwähnte er nicht.

In den letzten Tagen waren 1021 Personen festgenommen worden. 34 Personen befinden sich in Untersuchungshaft, gegen weitere 83 wird ermittelt.

Auf dem Bukarester Unversitätsplatz fanden sich am Sonntagabend rund 3000 Demonstranten ein und riefen Losungen wie „Nieder mit Iliescu, Iliescu ist für uns der zweite Ceausescu“ und „Verurteilt Iliescu wegen des vergossenen Blutes“.

Sofia (ND-Hentges). In Bulgarien wurden am Sonntag in 81 Wahlkreisen Stichwahlen abgehalten, weil in der ersten Runde keiner der Kandidaten die erforderliche Mehrheit erhalten hatte.

Der BSP fehlen noch 29 Mandate an der absoluten Mehrheit im Parlament. Vor einer Woche konnte sie sich bereits 172 der insgesamt 400 Sitze sichern. Auf das Konto der oppositionellen Union der Demokratischen Kräfte kamen in der ersten Wahlrunde 107 Sitze. Die Ergebnisse der Stichwahlen werden am Dienstag erwartet.